

# Industrielle Hühnermast

## Links



**Friedrich Ostendorff** „Bleibt auf dem Land und wehrt euch täglich.“

<http://f-ostendorff.de/>

Tierschutz in der Nutztierhaltung

<http://f-ostendorff.de/webseiten/nutztierhaltung/tierschutz.html>

Agrarfabriken

<http://f-ostendorff.de/webseiten/nutztierhaltung/agrarfabriken.html>

Argumentationshilfe Brandschutz:

[http://f-ostendorff.de/fileadmin/datensammlung/dateien/AH-BrandschutzAH-MassenTA-UW\\_neu\\_01.pdf](http://f-ostendorff.de/fileadmin/datensammlung/dateien/AH-BrandschutzAH-MassenTA-UW_neu_01.pdf)

Positionspapier Immissionsschutz:

[http://f-ostendorff.de/fileadmin/datensammlung/dateien/PP-Intensivtierhaltung\\_UW.pdf](http://f-ostendorff.de/fileadmin/datensammlung/dateien/PP-Intensivtierhaltung_UW.pdf)

Entschließungsantrag:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/118/1711879.pdf>

**Bürgerinitiative gegen Massentierhaltung:** <http://www.buerger-massen.de/>



**BUND:** umfangreiche Materialien gegen die Massentierhaltung und den Widerstand dagegen

[http://www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft/tierschutz/widerstand/](http://www.bund.net/themen_und_projekte/landwirtschaft/tierschutz/widerstand/)

Wir arbeiten sehr gut mit der Kanzlei Niederstadt zusammen: <http://www.rechtsanwalt-niederstadt.de/>

**BUND Niedersachsen**

[www.bund-niedersachsen.de](http://www.bund-niedersachsen.de)

Bietet konkrete Materialien, z. B. Mustereinwendungen gegen Megaställe

**Ökolandbau vs. Agrarindustrie:**

<http://gruenwolf.wordpress.com/category/massentierhaltung/>

<http://www.bauernhoefe-statt-agrarfabriken.de/>

<http://www.schrotundkorn.de/2012/201207p01.php>

**Provieh e. V.**

[www.provieh.de](http://www.provieh.de)

Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung

**Kritischer-Agrarbericht** - Gegenwind für Agrarfabriken

<http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2012/Niemann.pdf>

## Webseiten einiger Bürgerinitiativen:

[www.bi-brohmerberge.de](http://www.bi-brohmerberge.de)

[www.bi-norden.de](http://www.bi-norden.de)

[www.bi-wietze.de](http://www.bi-wietze.de)

[www.buerger-massen.de](http://www.buerger-massen.de)

[www.contra-tierfabriken.de](http://www.contra-tierfabriken.de)

[www.gefluegelmast.de](http://www.gefluegelmast.de)

[www.kontraindustrieschwein.de](http://www.kontraindustrieschwein.de)

[www.nandu.net](http://www.nandu.net)

[www.saustall-tellin.de](http://www.saustall-tellin.de)

[www.stoppt-mastfabrik.de](http://www.stoppt-mastfabrik.de)

[www.unsbuergernstinkts.de](http://www.unsbuergernstinkts.de)

## Filme:

### ARD Das Erste; Report Mainz 05.03.2013:

#### Die Lüge von der Selbstkontrolle - Betrug im Hühnerstall

KAT steht für "kontrollierte alternative Tierhaltungsformen". Das klingt gut, doch jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft Oldenburg gegen mindestens 21 KAT-Mitgliedsbetriebe.

Im Vorstand von KAT sitzt die Crème de la Crème der deutschen Geflügelzüchterbranche. Ein Prüfinstitut, das für KAT die Kontrollen in den Ställen durchführt, ist die IMO GmbH in Konstanz. Mit 50 Mitarbeitern kontrolliert sie tausende Unternehmen.

Die Tierschutzorganisation Peta hat das IMO-Institut angezeigt, weil die Kontrollen "oberflächlich" seien. Peta hatte krasse Missstände in Ställen gefilmt, in denen IMO-Kontrolleure keine Beanstandungen hatten.

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=10910938/vmhw6y/index.html>

#### Das System Wiesenhof – ARD-exklusiv

<http://www.ardmediathek.de/das-erste/reportage-dokumentation/ard-exklusiv-das-system-wiesenhof?documentId=8068044>

## Presse:

### Soester Anzeiger vom 14.02.2013

#### „Politik einstimmig gegen Hähnchenmast-Stall bei Scheidingen

Schnell zeigte sich, dass sich die meisten Fraktionen intensiv und mit viel Arbeitsaufwand auf diesen Tagesordnungspunkt vorbereitet hatten. Grüne und FDP trugen ausführliche Erklärungen mit zahlreichen Gegenargumenten zur Intensivmast vor.

„Werden Hähnchen hier überhaupt noch als Lebewesen betrachtet oder nur noch als Ding?“, fragte Grünen-Chef Bernhard Weber, der zudem mit „zahlreichen weiteren gesundheitlichen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden“ rund um die Anlagen rechnet, so zum Beispiel die Minderung der Lebensqualität durch Gestank und Ammoniakemissionen sowie Beeinträchtigungen für das Gewerbegebiet in Scheidingen. Außerdem leide das Radtourismus-Potential erheblich: „Man stelle sich vor, dass ein Radfahrer auf dem Alleenradweg Unna-Welver erst an einem Gewerbegebiet vorbei und dann gleich danach auf eine stinkende Hähnchenmasthanlage zuführe. Was für ein erster Eindruck von Welver.“

FDP-Ausschussmitglied Uwe Heuwinkel zitierte eine gesundheitliche Untersuchung aus dem niedersächsischen Aurich, bei der verschiedene gesundheitsgefährdende Effekte durch die massive Konzentration von Keimen und Biotoxinen festgestellt wurden. „Wir sind der Meinung, dass diesem Vorhaben öffentliche Belange entgegen stehen“, so Heuwinkel.

Kritik an der Verwaltung übte Helmut Peters von der SPD. Er monierte, dass die Vorlage die planungsrechtliche Situation nicht ausreichend ausgeleuchtet habe. „Wir sind nicht alle Fachmänner, sind angewiesen auf eine Fachverwaltung.“ SPD-Fraktionschef Klaus-Theo Rohe befand es als „ungeheuerlich“, dass die Verwaltung die Erteilung des „gemeindlichen Einvernehmens“ vorgeschlagen habe, ohne dass entsprechende Gutachten vorlägen – oder es überhaupt einen Antrag gebe. Der liege nämlich beim Kreis noch gar nicht vor. Die Verwaltungsvorlage hatte hier einen anderen Eindruck vermittelt.

*Forderung nach „rechtlichem Beistand“*

Bauamtsleiter Markus Hüchelheim betonte derweil, dass die Gemeinde nicht die Genehmigungsbehörde für diesen Fall sei: „Die Kreisverwaltung hat den Prüfauftrag.“ Auch könne er den Bauinteressenten verstehen, dass er vorab Klarheit über die Position der Gemeinde haben wolle. Letztendlich beschloss der Ausschuss, sich bei seiner Ablehnung nicht auf das „gemeindliche Einvernehmen“ zu beziehen. Auf diese Weise kommt das Thema erneut auf den Tisch, wenn der Antrag vom Kreis Soest an die Gemeinde weitergereicht wird.

„Da haben wir übrigens mehr Rechte, als wir glauben“, wies Grünen-Chef Bernhard Weber daraufhin, dass laut eines OVG-Urteils die Gemeinde durchaus selbstständig prüfen könne und gegenüber dem Kreis Soest ein Mitentscheidungsrecht besitze. Gleichwohl werde es nicht einfach, den Mastbetrieb zu verhindern: „Deshalb sollten wir uns auch rechtlichen Beistand holen.“

▪ *tob*“

**Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ im Rat der Gemeinde Welver**

## **Erklärung**

### **zu dem geplanten Neubau von zwei Hähnchenmastställen zwischen Illingen und Scheidungen**

Es wird niemanden überraschen, dass unsere Grüne Ratsfraktion den geplanten industriellen Hähnchenmastanlagen ablehnend gegenüber steht. Im Folgenden werde ich einige politische und rechtliche Aspekte benennen, die für uns wichtig sind.

Wir möchten, dass Masttiere ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend untergebracht und gehalten werden. Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden dürfen ihnen nicht zugefügt werden. Wir gehen davon aus, dass das in einer industriellen Hähnchenmast, wo zeitweilig 20 gemästete Tiere auf einem Quadratmeter leben müssen, nicht gewährleistet ist. Werden Hähnchen hier überhaupt noch als Lebewesen betrachtet, oder nur noch als Ding? Das Wort „Tierproduktion“ spricht Bände. Bei 42.000 Tieren in einer Halle wird niemand merken, wenn Tiere krank werden oder sind. Ein Krankenstall zur individuellen Pflege ist nicht vorgesehen. Stattdessen werden unseres Wissens in solchen Anlagen oft prophylaktisch Antibiotika in geringen Dosen mit dem Trinkwasser verabreicht, was dazu führt, dass multiresistente Keime entstehen und in Umlauf kommen. Nach unserem Kenntnisstand geht die Wissenschaft davon aus, dass 5 bis 7 % der Multiresistenz-Problemfälle in der Humanmedizin auf die Tiermast zurückgeführt werden müssen.

Wir rechnen mit erheblichen und zahlreichen weiteren gesundheitlichen, biologisch-ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden rund um die geplanten Anlagen:

Durch den zu erwartenden Gestank wird die Lebensqualität der betroffenen Wohngebiete deutlich beeinträchtigt werden. Wegen der Hauptwindrichtung werden das vor allem Meyerich und der Zentralort sein, wo doch eigentlich Zuzug generiert werden soll, aber auch Illingen und Scheidungen. Gebäude und Grundstücke werden an Wert verlieren. Besonders gravierend werden die Ammoniakemissionen sein. Asthma und andere allergische Reaktionen sind zu befürchten. Ebenso ein Baumsterben entlang der K 14 und am unter Schutz stehenden alten Bahndamm sowie selbst im Naturschutzgebiet Wälder rund um Welper trotz der Entfernung.

Das Gewerbegebiet Scheidungen, wo übrigens auch Menschen wohnen, wird deutlich an Attraktivität einbüßen. Es ist unser einziges größeres Gewerbegebiet. In den geplanten Mastanlagen sind gemäß der vorliegenden Unterlagen noch nicht einmal Filteranlagen vorgesehen.

Die Entwicklung der örtlichen Landwirtschaft würde durch den Industriebetrieb eingeschränkt werden, weil er die Emissionsgrenzen ausschöpfen und Bestandsschutz genießen wird.

Generell leidet die bäuerliche Landwirtschaft unter der starken Ausweitung der industriellen Landwirtschaft.

Das erhebliche touristische Entwicklungspotential Welpers würde ebenfalls geschmälert werden. Man bedenke nur, dass ein Radfahrer auf dem künftigen Alleenradweg Unna - Welper erst an einem Gewerbegebiet vorbei und dann gleich auf eine womöglich stinkende Hähnchenmastanlage zuführe. Was für ein erster Eindruck der Gemeinde Welper!

Als ein weiteres fast unlösbares Problem der geplanten Mastanlagen sehen wir den Brandschutz an. Die Tiere sollen auf einer Strohschicht gehalten werden. Eine räumliche Unterteilung ist nicht vorgesehen. Im Falle eines Falles wird sich ein Feuer rasendschnell ausbreiten. Welche Feuerwehr soll das dann eindämmen? Müsste unsere Feuerwehr teuer aufgerüstet werden? Und vor allem: Wie sollte es gelingen, sämtliche 42.000 Vögel, die bei einem Brand schnell in Panik geraten, innerhalb von 10 Minuten aus der brennenden Halle zu befördern?

Und wie sieht es mit dem Verkehr aus? Die Mastanlagen werden Schwerlastverkehr nach sich ziehen. Die K 14 ist abschnittsweise recht schmal. Es wird die Gefahr von Kollisionen geben. Auf dem Weg zur A 2 werden die Laster über die Straße „Am Bierbäumchen“ fahren. Diese Gewerbestraße haben wir gerade oberflächlich erneuert. Durch die zusätzliche Belastung ist zu befürchten, dass bald wieder Schäden auftreten werden und wir diesmal vor einer fundierten und teuren Straßenerneuerung stehen. Wie sollten wir das bezahlen?

Ein mögliches Problem sind Umweltschäden durch Abwasser oder Gülleausbringung. Gewässer oder das Grundwasser könnten verschmutzt werden. Biotope könnten geschädigt werden. Es reicht nicht aus, wenn zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Anlage Gülleabnahmeverträge mit ausreichenden Flächen vorliegen, wie viele Betreiber meinen. Die Betreiber von Massentierhaltungsanlagen müssen von Gülleabnehmern einen langfristigen und qualifizierten Nachweis der Tauglichkeit der Flächen verlangen, wenn sie ihrer Pflicht zu umweltverträglicher Verwertung von Abfällen nachkommen wollen. Auch muss in den Abnahmeverträgen geregelt sein, wie und wann die Gülle ausgebracht werden kann. Hier liegt Gefährdungs- und Konfliktpotential.

Nach all den Befürchtungen und Bedenken gibt es aber auch Positives zu vermelden:

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in einem Beschluss vom 29.11.2005 die Rechte von Gemeinden gegenüber Vorhaben im Außenbereich erheblich gestärkt. In allen Fällen, in denen die Gemeinden über § 36 BauGB bei der Genehmigung von Vorhaben im Außenbereich um ihr Einvernehmen ersucht werden müssen, können diese sich nunmehr auf alle in § 35 BauGB geregelten Belange berufen, ohne dass es hierfür einer konkreten entgegenstehenden Planung der Gemeinde bedarf. Das ist geltende Rechtsprechung. In unserem Falle hätte die Gemeinde gegenüber dem Kreis

Soest als Genehmigungsbehörde ein Mitentscheidungsrecht. Will die Gemeinde Welver das Einvernehmen versagen, hat sie eine verbesserte Rechtsposition.

Wir hoffen, dass der Investor sein Vorhaben zurückzieht, und dass andernfalls der Widerstand ausreichen wird, das Vorhaben zu verhindern.

Welver, 13.02.13

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme des OV Welver Vorstandes  
Bündnis 90/Die Grünen  
Ansprechpartnerin: Cornelia Plaßmann  
Diedrich Düllmann Str. 6  
50514 Welver – Borgeln  
02921 81573

An den Soester Anzeiger

Redaktion Welver

z. Hd. Herrn Schröter

Sehr geehrter Herr Schröter, anliegend die Stellungnahme des OV Welver Vorstandes Bündnis90/Die Grünen zur geplanten Masthähnchenanlage zwischen Scheidingen und Illingen mit der Bitte um Veröffentlichung. Es wird ihnen bekannt sein, dass am Mittwoch die Sitzung des BPU zu diesem Thema stattfindet.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Johannes Kimmel-Groß, Schriftführer

**(vollständiger) Leserbrief an die Redaktion Welver des Soester Anzeigers**

In den ländlichen Räumen vollzieht sich derzeit ein dramatischer Strukturwandel, der den Charakter ganzer Regionen tiefgreifend zerstört. Genau das soll nun auch in Welver zwischen Scheidingen und Illingen geschehen. Immer mehr Bauernhöfe müssen immer größeren Agrarfabriken weichen. Diese Massentierhaltungsanlagen nehmen benachbarten Bauernhöfen durch Ausschöpfung der Emissionsgrenzen sowie über ihren Bestandsschutz zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten, belasten oft das Grundwasser, erfordern eine hohe Wasserbereitstellung und führen zu erheblichen Belastungen in Nachbarschaften und Wohnstandorten. Die fortschreitende Industrialisierung der Tierhaltung hat folglich gravierende ökonomische, ökologische und soziale Folgen.

Der OV-Welver Bündnis 90/Die Grünen ist überzeugt, dass die Zukunft der Hähnchenhaltung und Eiererzeugung nur in einer artgerechten Haltung in bäuerlichen Strukturen liegen kann. Wir engagieren uns gerne gemeinsam mit Naturschutzverbänden und (noch zu gründenden) Bürgerinitiativen gegen die geplanten Tierfabriken und für eine gesteuerte, nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft – im Interesse der Regionen und ihrer Menschen und im Interesse der Tiere und der Umwelt.

- Der OV-Welver Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für eine Änderung des § 35 BauGB ein, um der bevorzugten Behandlung der gewerblichen Tierhaltung einen Riegel vorzuschieben ohne die nötigen Entwicklungsmöglichkeiten bäuerlicher Betriebe zu behindern. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in einem Beschluss vom 29.11.2005 die Rechte von Gemeinden gegenüber Vorhaben im Außenbereich erheblich gestärkt; die derzeit gültige Rechtsprechung.
- Im förmlichen Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) mit amtlicher Bekanntmachungen und Einspruchsmöglichkeiten der Bürger wurden 2007 die Zahlen deutlich nach oben gesetzt – bei Hühnerfarmen z.B. von 20.000 auf 40.000 Tiere verdoppelt.

Dennoch bestehen in Welver noch Einspruchsmöglichkeiten, da diese Zahlen überschritten wurden auf  $2 \times 42\,000 = 84\,000$  Hühner.

- Eine sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung muss verpflichtend erst ab 85 000 Masthühner durchgeführt werden, wird aber wahrscheinlich aufgrund der zahlenmäßigen Nähe (85 000 – 84 000) engordnet werden, zumal eine verpflichtende standortbezogene Vorprüfung dieses nahelegen wird.
- Wir Grünen fordern, dass Agrarförderung an über den gesetzlichen Mindestanspruch hinausgehende Standards in den Bereichen Tier-, Natur-, Klima- und Umweltschutz gebunden wird; z.B. an ein ausgewogenes Verhältnis von Tierzahl zu Futterfläche.
- Zu überprüfen ist, ob nicht nahe gelegene Gewässer, das Grundwasser und die nahe gelegene Umwelt und auch die Anwohner durch Emissionen (Klimaschädigungen, Geruchsbelästigung, Atemwegsallergien etc.) beeinträchtigt und die Mindest-abstände zur Wohnbebauung eingehalten werden.

Da unsere Forderung bis in die Gesetzgebungsverfahren reichen, haben wir uns mit unserem Parteifreund und Umweltminister Johannes Remmel und unserem Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff in Verbindung gesetzt.

Die Welveraner, Scheidinger und Illinger Bürger – Landwirte – sind ebenfalls aufgerufen, mit uns gegen die geplante Tiermastanlage zu streiten.